Freitag, 9. März 1923 · 71. Jahrgang Nr. 115

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzelnummer 100 M.

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

Berlin verändert

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Schnelldienst

Poincaré wird heute vor dem Kammerausschuß seinen Bericht über die Ruhrbesetzung bekanden.

Der größte Teil der französischen Truppen hat Dortmund wieder verlassen.

Unter zahlreicher Beteiligung wurde gestern in München der deutsche Botschafter Dr. Mayer im Mosbacher Friedhof beigesetzt.

Französische Meldungen über eine Abberufung des deutschen Gesandten in Rom, v. Neurath, werden von W. T. B. dementiert.

Für die Zeit vom 14. bis einschließlich 20. März beträgt das Goldzollaufgeld 525 900 v. H. gegenüber 593 900 v. H. in der Vorwoche.

Dollar: 20833

Die türkischen Gegenvorschläge

Die Bedingungen für neue Verhandlungen

London, 8. März. (W. T. B.)

Einer „Times"-Meldung aus Konstantinopel zufolge sind die abgeänderten türkischen Gegenvorschläge, auf Grund deren die türkische Regierung sich endgültig bereit erklärt hat, die Verhandlungen neu zu eröffnen, folgende:

1. Vollständige Abschaffung der juridischen und finanziellen Kapitulationen.
2. Verschiebung der Regelung der Mossulfrage und der wirtschaftlichen Klauseln für eine bestimmte Zeit.
3. Annahme der Abtretung von Karagatsch (das ist die Preisgabe der türkischen Forderung auf die Grenze von 1913 westlich des Marizhadeltas) und Aufrechterhaltung der Forderung nach Reparationen für von Griechenland in Anatolien angerichteten Schaden.
4. Annahme aller übrigen in Lausanne geregelten Punkte.
5. Unverzügliche Räumung der besetzten Gebiete durch die Alliierten nach Abschluß des Friedens.

*

Zu der Ablehnung des Lausanner Vertragsentwurfs durch die türkische Nationalversammlung, die in amtlichen Kreisen nicht unerwartet kam, erfährt Reuter noch, daß die türkische Regierung zwar ihre Haltung bezüglich des Lausanner Vertrages aufrechterhält, aber geneigt ist, die Verhandlungen wieder zu eröffnen, falls die Türken beweisen, daß sie es ehrlich meinen und den Wunsch haben, eine Regelung zu erreichen.

Die Verurteilung der bulgarischen Minister

Sofia, 7. März. (W. T. B.)

Gestern begann die bulgarische Sobranje mit der Aussprache über die Aburteilung der früheren Minister Geschow, Danew, Malinow und Kosturkow. Die Sobranje wird ihre Entscheidung wahrscheinlich Ende dieser Woche treffen.

Poincaré erscheint wieder vor dem Ausschuß

Der Bericht über die Ruhrbesetzung

Paris, 8. März. (W. T. B.)

Wie die „République Française" mitteilt, wird Poincaré morgen zum zweitenmal vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten erscheinen, seine vor vierzehn Tagen begonnenen Ausführungen über die Besetzung der Ruhrgebiete beenden und sich dabei über das Zollregime in den besetzten Gebieten aussprechen. Poincaré werde auch über die Folgen der Konferenz von Lausanne sprechen.

*

Havas berichtet aus Düsseldorf, daß die Franzosen in den letzten Tagen eine Reihe von Zollposten eingerichtet haben, durch die das System der Abschließung des Ruhrgebietes mit dem System der Abschließung der Rheinlande verbunden werden soll. Vor der englischen Zone wurden derartige Zollposten in Lennep, Remscheid, Türkismühle und Gummersbach eingerichtet. **Es bestehe nunmehr ein ununterbrochener Zollkordon von Emmerich an der holländischen Grenze bis zur Schweizer Grenze.**

Die Zahlung der Kohlensteuer

Berlin, 8. März. (W. T. B.)

Zu der Kohlensteuerverordnung der Rheinlandkommission, die unter anderem Nachzahlung von Kohlensteuer vom 1. Oktober 1922 ab fordert, wird dem W. T. B. auf Anfrage von amtlicher Seite mitgeteilt, daß die bis zum 28. Februar d. J. fälligen Kohlensteuern des Bergbaus im besetzten Gebiet bereits restlos an die zuständigen deutschen Stellen abgeführt worden sind. Künftig werden die Zechen des rheinisch-westfälischen Bezirks gar nicht mehr in den Besitz des auf die Kohlensteuer entfallenden Anteils des Kohlenpreises gelangen, da inzwischen auf gesetzlichem Wege das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat in Hamburg an Stelle seiner Zechen zum Steuerschuldner gemacht worden ist.

Englischer Protest in Paris?

Gegen die rechtswidrige Fortsetzung der Besetzung

London, 8. März.

„Evening Standard" will wissen, daß ein auf Rechtsgründe gestützter britischer Protest an die französische Regierung gesandt worden sei. Er soll sich hauptsächlich mit der Besetzung der Gebiete zwischen den Brückenköpfen durch die Franzosen beschäftigen.

Degoutte erobert weiter

Bochum, 8. März.

Im bergischen Lande sind weitere Strecken südlich Wipperfürth und Engelskirchen durch Franzosen besetzt worden. Die Besatzung von Lünen ist drei Kilometer nördlich verlegt worden. In das neubesetzte Gebiet fallen die Schachtanlagen der Zechen Preußen I bis III.

Die Beute in Essen

Bochum, 8. März. (W. T. B.)

Bei der Unternehmung gegen den Hauptbahnhof Essen, der von den Franzosen noch immer besetzt ist, wurde nach erfolgten Feststellungen folgendes Material fortgenommen: 44 Lokomotiven, mehrere Kraft- und Personenwagen, vier vollständige Tanks- und D-Zugwagen, 70 Wagen 3. Klasse, 50 Wagen 4. Klasse, 47 Wagen Koks, 283 Wagen Kohlen, darunter 65 für Italien bestimmte, 38 Wagen Holz, 70 Wagen mit Eisen, Schrott und Roheisen, 20 Wagen mit Erz und Eisenschlacke, 16 Wagen mit Formeisen, 9 Wagen mit Kalk, 11 Kesselwagen und ein Gerätewagen, 34 leere O-Wagen, weitere 34 Wagen, die nicht der Reichsbahn gehören.

Gegen die Störung der Rheinschiffahrt

Ein holländischer Schritt in Paris

London, 8. März. (W. T. B.)

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" erfährt, Holland habe Vorstellungen bei der französischen Regierung erheben lassen bezüglich Einmischung in die Rheinschiffahrt infolge der französisch-belgischen Blockade. Es werde für außerordentlich bedauerlich angesehen, daß die internationale Rheinkommission und die internationalen Konventionen bezüglich der Rheinschiffahrt vollkommen ignoriert worden seien.

Das Herner Volkshaus nach dem Auszug der Degoutteschen Soldateska

Bekundungen eines sozialistischen Redakteurs

Der Sonderberichterstatter des „Vorwärts" muß seinem Blatte die nachfolgenden Tollheiten berichten:

Seit dem 17. Januar war das Volkshaus, das schönste und größte eigene Versammlungsheim der sozialdemokratischen Arbeiterschaft im Bezirk Westliches Westfalen, von französischen Automobiltruppen in Stärke von etwa 120 Mann besetzt. Das Volkshaus, welches Eigentum der örtlichen Sozialdemokratischen Partei ist, wurde unter ungeheuren Mühen und beispielloser Opferwilligkeit der Herner freien Arbeiterschaft gleich nach der Revolution erbaut. Es war in all den Jahren der Herner Arbeiterschaft eine Stätte der Kultur und des Kampfes zum Vorwärtskommen aus den Nöten der Nachkriegszeit. Am letzten Sonntag wurden die französischen Truppen aus dem Volkshause in andere Quartiere verlegt.

Die brutale Zerstörungssucht, die räuberischen Plünderungen der französischen Truppen haben das Herner Volkshaus nun zu einer Stätte der Verwüstung und der Trostlosigkeit gemacht. Von dem im großen Saal befindlichen Inventar ist fast alles verschwunden.

Auf Grund der Inventuraufnahme des städtischen Besatzungsamtes fehlen 63 große Saaltische, 431 Saalstühle, 24 Stühle mit Lederfitz und 138 andere Stühle. Weiter sind verschwunden 427 Stück Bierkrüge und aus den elektrischen Lichtkörpern 26 Lichtbirnen.

Der große Saal wurde mit Gas geheizt, und da die Franzosen die Gasöfen Tag und Nacht brennen ließen, sind sie vollständig durchgebrannt und unbrauchbar geworden. Das Volkshaus hatte einen weißen Innenanstrich und die Wände über den Oefen sind jetzt durch das fortwährende Brennen der Gasöfen total geschwärzt. Die Franzosen haben, wenn es im Saal zu warm wurde, Türen und Fenster geöffnet, anstatt das Gas abzustellen. Die Prüfung der Licht- und Gaszähler ergab einen Verbrauch von über fünf Millionen Mark an Gas und elektrischem Licht.

Nach dem Verlassen des großen Saales durch die Franzosen bot dieser einen kaum vorstellbaren verschmutzten Eindruck.

Den Stühlen, die man noch sah, waren die Armlehnen oder die Beine regelrecht abgesägt. Sie sind jedenfalls dann in die Feldküche gewandert. Auch die Klappsitze der Galerieplätze hat man größtenteils zum Heizen gebraucht, bei über 100 Klappsitzen ist der Sitz herausgebrochen.

Der Bühnenraum des Volkshauses ist bis auf den großen Vorhang vollständig ausgeplündert, alle Kulissen und sonstigen Bühnenutensilien verschwunden. Die Bühnenbeleuchtung demoliert. Die Kulissen sahen wir zerfägt in anderen Räumen. Sie sind zu Matratzen gebraucht! Die 400 Quadratmeter Parkett des großen Saales zeigen die Spuren der schweren Nagelschuhe der Soldaten.

Das Fraktionszimmer der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, in dem eine französische Schreibstube untergebracht war und von wo aus die Ausgabe der französischen Zeitungen erfolgte, ist ziemlich unbeschädigt geblieben, allerdings hatten Parteigenossen in letzter Stunde vor der Besetzung den langen ovalen Konferenztisch von über einer Million Wert in Sicherheit gebracht. Einen ekelerregenden Anblick boten die Aborte, und trotz der Wasserspülung herrschte eine verpestete Luft. Teilweise haben durch Ueberschwemmungen der Aborträume die Decken gelitten. Photographische Aufnahmen werden die Zerstörungsakte der Franzosen bildlich darstellen und zeigen, daß ein Zeitungsbericht den Vandalismus der französischen Truppen gar nicht wiedergeben kann.

Die Herner sozialdemokratische Arbeiterschaft ist erbittert über den Vandalismus der französischen Soldateska. Ob die „Herren Ingenieure" sich wirklich einbilden, mit diesen Mitteln die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets zu gewinnen?

Die „Streife" nach Dortmund

Die Franzosen rücken wieder ab

Dortmund, 8. März. (W. T. B.)

Der Hauptteil der französischen Truppen ist gegen abend wieder abgerückt. Andere Teile halten noch die Schupounterkünfte in der Kreisschule und im Gymnasium besetzt. In Brakel wurde heute morgen ein Lehrer von den Franzosen verhaftet. Der Regierungsrat Kielhorn und Bürgermeister Dr. Fischer, die heute morgen von den Franzosen verhaftet und abtransportiert worden waren, sind wieder zurückgebracht und auf freien Fuß gesetzt worden. Die Truppen haben das Stadthaus geräumt. Ein Teil der weggeführten Schupomannschaften ist hinter Brakel ausgesetzt worden und hat sich nach Unna begeben.

Mannheim, 8. März. (W. T. B.)

Die Franzosen haben gegen 2½ Uhr nachmittags in Stärke von 120 bis 180 Mann bei Rheinfähre den Rhein überschritten. Sie besetzten den Hafen von Rheinau, einer Vorstadt Mannheims, und gehen gegen Rheinau vor.

Der Anschlag gegen die Koalitionsfreiheit

Eine neue Abfuhr Degoutes

General Degoutte hat bekanntlich an alle Gewerkschaften und Vereine die Aufforderung gerichtet, den Besatzungsbehörden ihre Statuten und die Namen ihrer Vorstandsmitglieder mitzuteilen. Welchen Zweck er damit verfolgt, bedarf keiner näheren Erörterung. **Die Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitnehmerverbände haben sich, wie die „P. P. N." melden, in einer gemeinsamen Sitzung mit der beabsichtigten Einschränkung der Koalitionsfreiheit durch die Besatzungsbehörden beschäftigt.** Sie fordern alle Beteiligten auf, die Befolgung dieser rechtswidrigen Anordnung des Generals Degoutte abzulehnen und nichts zu unterlassen, was geeignet ist, den Kampf gegen die Beschränkung der Koalitionsfreiheit zum Erfolg zu führen.

Die Beute auf dem Bahnhof Langendreer

Dortmund, 8. März. (W. T. B.)

Der Bahnhof Langendreer ist im Laufe des gestrigen Tages von den Franzosen wieder geräumt worden. Vier Lokomotiven, 160 Kohlen- und Kokswagen und über 50 Leerwagen wurden während des Ueberfalls als Beute in der Richtung Dalhausen abgefahren. Auch die Bahnhöfe Bochum-Nord, Weitmar und Laer sind wieder geräumt worden.

Das Wüten der Kriegsgerichte

Mainz, 8. März. (W. T. B.)

Das französische Kriegsgericht verurteilte den Landrat Schwebel aus Gefenheim, weil er dem Befehl der Besatzungsbehörde betreffend die Verordnungen 131—134 der Interalliierten Rheinlandkommission (Beschlagnahme der Steuern, Zölle usw.) keine Folge geleistet habe, zu fünf Jahren Gefängnis und 15 Millionen Mark Geldstrafe. Postdirektor Mathias aus Offenburg hatte den ihm von einem französischen Offizier übermittelten Befehl, den telegraphischen und telephonischen Dienst in seinem Amtsbereich aufrechtzuerhalten und Ort und Art der Verbindungszentrale des Postamts Offenburg den Besatzungstruppen mitzuteilen, nicht befolgt. Er wurde deshalb zu **einem Jahr Gefängnis** verurteilt.

Die Hilfsaktion der dänischen Arbeiter

Die Hilfsaktion der dänischen Arbeiterschaft zugunsten der Arbeiterkinder des Ruhrgebiets hat, wie die „P. P. N." erfahren, insofern eine Ausdehnung erhalten, als anstatt der ursprünglich in Aussicht genommenen tausend Kinder jetzt zweitausend Kinder auf die Dauer von drei Monaten in Dänemark untergebracht werden sollen.